Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
(An den Wochentagen eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.)

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,200.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 50 Mk.
mit Postbeförderung 60 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 50. Freitag den 19. Februar 1886. 80. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Das 2. Stück des diesjährigen Gesetz- und Verordnungsblattes für das Königreich Sachsen ist bei uns eingegangen und wird bis zum 6. März dss. Js. auf dem Rathhausflure zur Einsichtnahme öffentlich aushängen.

Dasselbe enthält:

Nr. 5. Gesetz, einen Nachtrag zu dem Finanzgesetze auf die Jahre 1884 und 1885 vom 26. März 1884 betreffend; vom 31. December 1885.

Nr. 6. Bekanntmachung, eine anderweite Anleihe der Actiengesellschaft „Lugauer Steinkohlenbauverein zu Lugau" betreffend; vom 2. Januar 1886.

Nr. 7. Bekanntmachung, die Zurücknahme der der Berlin-Kölnischen Feuerversicherungs-Actiengesellschaft ertheilten Concession zum Betriebe des Feuerversicherungsgeschäftes betreffend; vom 13. Januar 1886.

Nr. 8. Verordnung, statistische Erhebungen hinsichtlich der Pocken betreffend; vom 19. Januar 1886.

Nr. 9. Bekanntmachung, die Postordnung vom 8. März 1879 betreffend; vom 20. Januar 1886.

Nr. 10 Berichtigung der Bekanntmachung, die anderweite Feststellung der Wahlbezirke für die evangelisch-lutherische Landessynode betreffend; vom 15. Januar 1886.

Leipzig, am 17. Februar 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Krumbiegel.

Vermiethung.

Das in den Besitz der Stadtgemeinde übergegangene, an der Eutritzscher Straße Nr. 57 gelegene ehemalige fiscalische **Chausseehaus** nebst zugehörigem **Garten** soll zu Restaurations- oder anderen Zwecken auf **die sechs Jahre vom 1. April 1886 bis 31. März 1892**

Dienstag, den 23. dss. Mon., Vormittags 11 Uhr

auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 16, an den **Meistbietenden vermiethet** werden.

Ebendaselbst auf dem großen Vorsaale liegen die Vermiethungs- und Verpachtungs-Bedingungen schon vor dem Termine zur Einsichtnahme aus.

Bemerkt wird, daß das Haus vor Beginn der Miethzeit im Innern entsprechend hergestellt werden soll.

Leipzig, den 8. Februar 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Sdg.

Freiwillige Grundstücksversteigerung.

Von dem unterzeichneten Königlichen Amtsgerichte soll auf Antrag der Besitzer Frau Julie Sophie Minna verehl. Kaulisch und Genossen das allhier an der Nicolaistraße unter Nr. 43 belegene Hausgrundstück, genannt „Der blaue Hecht", Nr. 199 des Brandkatasters, Nr. 183 des Flurbuchs und Fol. 157 des Grund- und Hypothekenbuches für die Stadt Leipzig,

den 12. März 1886, Vormittags 11 Uhr,

Geschäftszimmer 119 im Parterre des Königlichen Amtsgerichts an den Meistbietenden versteigert werden.

Die Versteigerungsbedingungen können in der Gerichtsschreiberei der unterzeichneten Behörde eingesehen werden.

Leipzig, am 23. Januar 1886.

Königliches Amtsgericht. Abtheilung II.
Sternberger. Gll.

Sonnabend, den 20. Februar 1886, Nachmittags 2 Uhr, sollen in der Wecholer'schen Restauration zu Volkmarsdorf 2 Spieltische, 1 Dreibank, 1 Frösmaschine, 14 Stück Regulateure, 23 Wanduhren, 2 Stutzuhren, 8 Wecker, 7 Taschenuhren, Uhrenkapseln, Schlüssel, Gläser und Ketten, 1 Revolver, 1 Nähmaschine, 1 Ladentafel, 1 Sopha, 2 Stühle, 1 Kleiderseccretair, 1 Unterbett, 3 Spiegel, 1 Leuchter und einige Kleidungsstücke

meistbietend gegen sofortige Baarzahlung öffentlich versteigert werden.

Leipzig, den 13. Februar 1886.

Der Gerichtsvollzieher beim Königlichen Amtsgericht daselbst.

Nichtamtlicher Theil.

Die Ausweisung der Prinzen von Orleans.

Für gestern war die Berathung des Antrags auf Ausweisung der Prinzen von Orleans und Bonaparte aus Frankreich in der französischen Kammer anberaumt, desjenigen Antrages, durch welchen die Opportunisten dem Ministerium Freycinet ein Bein stellen wollten. Bekanntlich hatte Freycinet in einer Besprechung mit den Vertretern der verschiedenen Parteien erklärt, daß er den Antrag nicht annehmen könne, und daß er sich selbst vorbehalte, einen Ausweisungsbeschluß der Kammer herbeizuführen, wenn er die Ueberzeugung habe, daß er nothwendig sei. Das hat die Antragsteller aber nicht abgehalten, auf ihrem Willen zu bestehen und die Dringlichkeit für denselben zu verlangen. Man hat inzwischen von anderer Seite versucht, durch einen Vermittlungsvorschlag die dem Ministerium drohende Gefahr abzuwenden, indem der Antrag eine Fassung erhielt, welche den Zeitpunct der Ausweisung in das Ermessen der Regierung stellt. Es wäre möglich, daß Freycinet diese Form annähme und damit den Ansturm der Opportunisten von sich ablenkte. Jedenfalls ist der Antrag so wichtig und so dazu angethan, die feindlichen Parteien in große Aufregung zu setzen, daß die Berathung sich wahrscheinlich nicht in einer Sitzung wird erledigen lassen, es sei denn, daß irgend ein Zwischenfall oder irgend eine zündende Bemerkung die Kammer bestimmt, die Dringlichkeit abzulehnen, dann wäre der wahrscheinliche Verlauf die Ablehnung auch des Antrages selbst.

Die Situation in Frankreich ist heute eine ähnliche wie zur Zeit des Ministeriums Ferry, als Thibaudin die Verantwortlichkeit für die Aufhetzung der Prinzen von Orleans aus der Armee übernahm. Damals waren die äußerste Linke und viele Radicale schon bereit, die Prinzen auszuweisen, aber die Mehrheit konnte sich doch zu einem so extremen Schritt nicht entschließen. Die Veranlassung zur Stellung des Antrags hatte die Haltung des Grafen von Paris beim Tode des Grafen Chambord gegeben. Die in Görz versammelten Vertreter der Legitimisten und Orleanisten hatten bekanntlich den Beschluß gefaßt, den Grafen von Paris als den legitimen Erben der Thronansprüche des Grafen Chambord anzuerkennen, und der Graf von Paris hatte durch sein Schweigen diesem Beschlusse indirect seine Zustimmung ertheilt.

Die Gefahr, welche über den Häuptern der Prinzen von Orleans schwebte, ging damals vorüber, die öffentliche Meinung beruhigte sich, als die Prinzen ihre Chargen in der Armee verloren hatten, und seitdem haben sie scheinbar ruhig als Privatleute in Frankreich ihr Leben weiter geführt. Nur die Verheirathung einer Tochter des Herzogs von Chartres mit einem dänischen und die Verlobung einer Tochter des Grafen von Paris mit einem portugiesischen Prinzen, endlich der Besuch des Herzogs von Chartres an einigen Höfen erinnerten an die Thatsache, daß die Prinzen von Orleans doch wohl noch berufen sein könnten, in Frankreich eine Rolle zu spielen.

Jetzt kam der 4. October mit seinem überraschenden Wahlresultat und zeigte den Republikanern, daß der von ihnen vor 15 Jahren aufgerichtete Bau noch der festen Grundlage entbehre, daß ein starker Windstoß genüge, ihn über den Haufen zu werfen. Der 18. October brachte zwar eine wesentliche Veränderung der Lage zu Gunsten der republikanischen Staatsform, aber die Thatsache, daß 180 Monarchisten in die Kammer gewählt waren, blieb bestehen. Sie hat den Anlaß, um die Gelegenheit der Präsidentenwahl anzurichten, weil infolge von Wahlcassationen vier Departements bei diesem Acte unvertreten waren. Der Congreß ging über diesen Einwand zur Tagesordnung über, und Grevy wurde am 28. December auf weitere sieben Jahre zum Präsidenten der französischen Republik gewählt. Der Versuch, ein Ministerium zu bilden, in welchem alle republikanischen Gruppen ihre Vertretung fanden, gelang über alles Erwarten, und Freycinet, der diese Aufgabe so glücklich gelöst hatte, wußte auch das Staatsschiff eine Zeit lang ungefährdet durch alle Klippen hindurchzuführen. Aber die in Frankreich niemals ruhende Parteileidenschaft hielt den Conseilpräsidenten fortgesetzt in Athem, keine Woche verging, in welcher nicht Anträge in der Kammer gestellt und Abstimmungen herbeigeführt wurden, deren letzter Zweck der Sturz des Ministeriums war. Bald verlangte man eine Amnestie für alle Strafgefangenen, etwa die Diebe und Mörder ausgenommen, oder die Erhebung einer Anklage gegen Ferry wegen der Tonkinexpedition, oder eine Resolution zu Gunsten der Aufrührer von Decazeville. Alle diese Strömungen gingen glücklich vorüber und auch dem Kriegsminister wurde ein Vertrauensvotum zuerkannt, weil er sich bemühte, die Politik von der Armee fernzuhalten; aber als eine Petition den Verkauf der Kronbiamanten zum Zweck der Einrichtung einer Altersversorgungscasse für Arbeiter zu beschließen an die Kammer gerichtet wurde, da riß dem Abgeordneten Lanjuinais die Geduld, und er platzte mit dem Ausruf heraus: „Frankreich wird sich ja bald der Republik entledigen." Damit hat er den französischen Thronprätendenten aus den Häusern Orleans und Bonaparte den schlechtesten Dienst erwiesen, denn noch in derselben Sitzung wurde der Antrag auf Ausweisung der Prinzen auf den Tisch der Kammer niedergelegt.

Freycinet erkannte sofort die Gefahr, welche dieser Antrag seinem Ministerium brachte, und suchte ihn durch die Erklärung zu pariren, daß er schon selbst die Ausweisung der Prinzen in der Kammer verlangen werde, wenn der rechte Zeitpunct dazu gekommen sei. Diese Erklärung war aus dem Grunde den Umständen entsprechend, weil sie weder eine Billigung, noch eine Mißbilligung des Antrages enthielt, sondern lediglich das Recht der Initiative für die Regierung in einer Sache wahrte, deren Tragweite offenbar war. Der Antrag ist seitdem vielfach in der Presse besprochen worden, er schien zuerst geringe Aussicht zu haben, aber als man sah, daß er eine verhältnißmäßig große Anzahl Unterschriften von gemäßigt republikanischer Seite erhielt, wuchs seine Bedeutung, und die weiter nach links stehenden Gruppen konnten nicht gut geringeres Interesse für die Erhaltung der Republik an den Tag legen, als die Gesinnungsgenossen Brisson's. Brisson, das ist der Name, welchen eigentlich der Antrag tragen sollte, denn dieser ist der eigentliche Urheber desselben. Es ist die Rache für die Abstimmung über den Tonkincredit, welche Brisson zum Rücktritt zwang. Brisson ist eine verschlossene Natur, welche, ohne viele Worte zu machen, im entscheidenden Zeitpunct zu handeln versteht. Solche Leute sind gefährlich, und Freycinet wird von Glück sagen können, wenn der Ausweisungsantrag auf die eine oder andere Weise begraben wird. Durch die Annahme des Antrages ohne jede Einschränkung werden Kräfte entfesselt, deren Macht sich jeder Schätzung entzieht, die Gefahr für die Republik wird dadurch nicht beseitigt, sondern nur erhöht. Wird der Antrag mit der Einschränkung angenommen, daß es der Regierung überlassen bleibt, den Zeitpunct der Ausweisung festzusetzen, so wird die Wirkung abgeschwächt, am besten und einfachsten ist es aber groesteilen, wenn die Dringlichkeit des Antrages mit großer Mehrheit abgelehnt wird. Wenn das geschehen ist, wird die Commission, welche sich mit ihm zu beschäftigen hat, schon Mittel und Wege finden, ihn unschädlich zu machen.

*

Leipzig, 19. Februar 1886.

* In Baden mehren sich die Zustimmungserklärungen für Decan Lender. Namentlich haben kurz hintereinander in Bühl große Versammlungen stattgefunden, welche sich zu glänzenden Kundgebungen der Uebereinstimmung mit Herrn Lender und seinen Freunden in der katholischen Fraction der badischen Kammer gestalteten. In der letzten am Sonntag abgehaltenen, von mehreren Hundert katholischer Wähler besuchten Versammlung begründete Herr Lender, indem er auf die kirchenpolitische Lage zu sprechen kam, weshalb von einer Erwähnung der kirchenpolitischen Lage in der Adresse auf die Thronrede Umgang genommen, weshalb man bei der Cultusverhandlung keine Anträge eingebracht habe u. s. w. Sowohl zwischen Berlin und Rom, als auch zwischen Karlsruhe und Freiburg seien über die Erziehung des Klerus Unterhandlungen im Gange, welche durch katholische Anträge der Fraction nur hätten Schaden leiden können, und daß aus dem Umstande, daß von Karlsruhe noch keine Antwort nach Freiburg gelangt sei, durchaus nicht geschlossen werden könne und dürfe, daß die großherzogliche Regierung sich ablehnend verhalte. Die großherzogliche Regierung könne für sich allein nichts Wesentliches zugestehen, während Berlin und Rom unterhandeln, und er wisse ganz genau, daß sogar zeitweise zwischen Karlsruhe und Berlin dießbezügliche Unterhandlungen stattfänden. Der Erzbischof habe seine Wünsche nach Karlsruhe gelangen lassen, und wenn dieser nichts ausrichte, dann richte die Fraction gewiß nichts aus. Und da kommen Männer, „welche dazu noch die Annehmlichkeit und Gelegenheit haben, anonym schreiben zu können, welche die badischen Verhältnisse gar nicht kennen, theilweise noch gar nicht auf der Welt waren, als wir schon mitten im Kampfe standen, und beschuldigen uns der Pflichtverletzung, der Nachlässigkeit, der Feigheit und der Preisgebung unserer Rechte, um uns beim katholischen Volke zu verdächtigen, verlangen von uns, den unglückseligen Culturkampf von Neuem anzufachen und „in das schöne, friedliche Verhältniß im Volke, in der Kammer und zwischen Staat und Curie die Brandfackel hineinzuwerfen"*, — dazu gebe ich mich nicht her." Herr Decan Lender sprach, wie der Bericht der „Badischen Landeszeitung" hervorhebt, diese Worte in der größten Erregung, und machten dieselben einen tiefen Eindruck. Im Weiteren kam Herr Lender auf den „Katholischen Volksboten" zu sprechen, worin eine „Rohheit und Gemeinheit" sich ausspreche, die in keinem anderen Blatte zu finden sei. Stadtpfarrer Huhn toastirte auf Lender mit dem Gelübde, fest und immerdar zu dem bewährten Kämpen und Kämpfer seiner Partei zu halten, worauf ein donnerndes Hoch auf Lender erfolgte. Sodann sprach Birkenmeyer, von welchem die „berüchtigte" ultramontane Pr ff. übel mitgenommen wurde. Auch Abg. Lend äußerte sich über dieselbe rückhaltlos verurtheilend. — Im Norden des Mains wird es wohl noch einige Zeit dauern, bis der katholische Klerus sich dazu ermannt, den Pöbelhaftigkeiten der Centrumsorgane ein kräftiges „Genug" zuzurufen. Ernstgesinnte Seelsorger werden sich aber auch hier der Ueberzeugung nicht verschließen können, daß die oft grobrohe Rohheit dieser Blätter endlich vernichtend und entsittlichend nach jeder Richtung wirken muß.

* Die feierliche Eröffnung des neuen Clublocals der Deutschen aus dem Reiche in Wien hat die Prager „Politik" ganz aus dem Häuschen gebracht, und sie ergeht sich in den perfidesten Angriffen auf die „Reichsdeutschen". Schon der Name ihrer Vereinigung: „Niederwald", sei eine nationale Demonstration, welche in Oesterreich verletzen muß. Das Unterfangen, einen deutschen Verein im Herzen eines verbündeten Nachbarreiches auf eine so provocatorische Weise zu benennen, müsse entschiedenst als eine jener Taktlosigkeiten verurtheilt werden, welche der deutsch-nationale Uebermuth der neuesten Zeit planmäßig cultivirt, und deren herausfordernde Tendenz nur die Erwägung erträglich machen kann, daß derartige Leistungen mehr als irgend etwas geeignet sind, vollkommene Klarheit über gewisse Tendenzen zu verschaffen. Die Mahnung des Prinzen Reuß, keine Politik zu treiben, sondern in Wien deutsche Cultur und Sitte zu pflegen, sei ein der Reichshauptstadt angethaner Affront (!), denn diese Mahnung müsse auf jeden Unbefangenen den Eindruck machen, der „Niederwald" sei zum Zwecke gegründet worden, um Wien erst zu civilisiren. (!) Es sei daher ein Act weiser Vorsicht gewesen, daß der Bürgermeister Wiens dem Feste nicht beiwohnte. Die „Politik" meint weiter, die Angehörigen des deutschen Reiches in Oesterreich fassen die österreichisch-deutsche Allianz mit der Gemüthlichkeit jenes Igels auf, welcher die Gastfreundschaft des weichherzigen Hausfers damit vergalt, daß er diesen aus Dankbarkeit ohne viel Umstände kurz drlogirte. Die Mahnung des deutschen Botschafters an seine Landsleute, keine Politik zu treiben, bestärke nur in der Meinung, daß der „Niederwald" in Wien politische Zwecke verfolgen soll, und der freundliche Rath des officiellen Repräsentanten des deutschen Reiches in Oesterreich-Ungarn scheine lediglich der Ausdruck der staatsmännischen Besorgniß desselben zu sein, seine gesinnungstüchtigen und theilweise ungeschlachten Cocnationalen könnten durch irgend eine Dummheit das österreichisch-deutsche Bündniß compromittiren.

* Aus Wien, 17. Februar, wird der „Kölnischen Zeitung" gemeldet: „Der österreichische Gesandte in Belgrad, Graf Khevenhüller, dessen eigenmächtiger persönlicher Politik zum großen Theil die unfriedliche Haltung Serbiens zugeschrieben worden ist, wird, wie ich aus zuverlässiger Quelle erfahre, auf seinen Posten nach Belgrad nicht mehr zurückkehren."

* Seitens der österreichischen Regierungskreise wird die Meldung eines in Wien erscheinenden Wochenblattes dementirt, wonach der Erzherzog Johann zum Corpscommandanten, commandirenden General und Chef der Landesregierung in Sarajewo, und der General der Cavallerie Freiherr v. Appel in Sarajewo zum Corpscommandanten und commandirenden General in Lemberg ernannt werden solle. In Wiener unterrichteten Kreisen ist von diesen und den anderen Details jener Meldung nicht das Mindeste bekannt. — Das römische „Diritto" läßt dem Unternehmungsgeist des österreichischen Lloyds Gerechtigkeit widerfahren, welch letzterer, während Italien auf diesem Felde kaum nennenswerthe Fortschritte mache, den Handel des adriatischen, des ionischen, des ägäischen Meeres immer mehr an sich ziehe, neuerdings auch an der syrischen Küste erfolgreich mit den Franzosen wetteifere und vor Kurzem in Salonichi behufs Erweiterung seiner Agentur ein werthvolles Grundstück von 1600 Quadratmetern erstanden habe.

* Die neueste Meldung des täglich über russische Gewaltmaßregeln gegen die katholische Kirche berichtenden Warschauer Correspondenten der ultramontanen „Schlesischen Volkszeitung" lautet, wie folgt: „Hier in Warschau haben dieser Tage bei Geistlichen zahlreiche Haussuchungen stattgefunden, die noch einer aus dem Jahre 1863 stammenden Sitte mitten in der Nacht durch Gendarmerie-Officiere vorgenommen wurden. Man suchte nach Documenten, nach Notizen über vorgenommene kirchliche Handlungen und vor Allem nach Taufscheinformularen für heimlich vorgenommene Taufen bei unitischen Kindern. Wie ich aus guter Quelle vernehme, ist auch im Paulinerkloster zu Czenstochau eine solche Haussuchung vorgenommen worden, deren Resultat noch nicht bekannt ist. Man versichert, daß die Regierung aus den Lubliner Vorgängen Anlaß nehmen werde, alle in Russisch-Polen noch bestehenden katholischen Klöster aufzuheben, oder sie an orthodoxe Orden zu vergeben. Ich erinnere daran, daß erst vor wenigen Monaten auf Vorstellungen des Bischofs Beresniewicz das seit 1863 geschlossene Noviziat des Czenstochauer Klosters wieder eröffnet werden durfte. Sollte man trotz dieser Concession an eine Aufhebung des Klosters auf Jasna Góra schreiten, dessen Ordensgeistliche seit Jahrhunderten Hüter und Beschützer des Madonnenbildes zu Czenstochau sind? Die herrschende Tendenz läßt leider das Letztere befürchten. Die Grenzbehörden an der galizischen Grenze sind angewiesen worden, keinen Geistlichen, selbst wenn er im Besitze eines regulären Auslandspasses wäre, über die Grenze nach Rußland zu lassen. Eine Anzahl Geistlicher, welche sich auf Grund solcher Pässe im Bereiche des Königreichs Polen aufhalten, wurden aufgefordert, unverzüglich das Gebiet des Königreichs Polen zu verlassen, und dies unter Androhung sofortiger Festnahme und zwangsweiser Ausweisung."

* Aus der Westschweiz, 8. Februar, wird der Münchener „Allgemeinen Zeitung" geschrieben:

Das Project des Durchstiches des Großen St. Bernhard begegnet in der Schweiz an officieller Stelle keiner beifälligen Aufnahme. Der schweizerische Bundesrath wird bei der Bundesversammlung beantragen, die von dem französischen Baron Bourkeleret nachgesuchte Concession einer Alpenbahn auf dem Canton Wallis durch den Col de Ferret nach dem Thal von Aosta zu verweigern, wobei die militärischen Interessen der Landesvertheidigung ausschlaggebend sind. Aehnliche Rücksichten dürften, nachdem in der Schweiz nun einmal die Frage der Landesvertheidigung auf dem Wege der intensiveren Sicherung der Alpenpässe in den richtigen Fluß gerathen ist, Schuld daran tragen, daß das Simplon-Project so auffallend stockt. Auch für den Bau einer Militärstraße aus dem tessinischen Bedretthal nach dem Wallis, der von tessinischer Seite nur warm befürwortet wird, kann sich diesseits der Alpen Niemand so recht begeistern; ebenfalls militärische Gründe sprechen gegen dieses Project, daß überdies zwecks mit der Frage der nun beschlossenen Sicherung des Gotthard als mit derjenigen des Simplon-Durchstiches eng zusammenhängt. Was die letztere betreffe, so muß das Schreiben der Verwaltung der „Bahnen der Westschweiz und des Simplon", durch welches sie den Obersten Tarisale seines Amts als Unterhändler bei Italien und Frankreich zur Förderung des Simplon-Durchstiches entbebt, ausdrücklich zugeben, daß die Anstrengungen zur Erlangung von Subventionen dieser Länder, namentlich Frankreichs, erfolglos geblieben sind, und daß die Zeit nicht vorauszusehen ist, wo spätere Unterhandlungen zu einem besseren Resultate führen werden. Auch von anderer Seite werden die Aussichten zur Verwirklichung dieses Projectes, soweit sie von den Subventionen Frankreichs und Italiens abhängen, als trostloser denn je angesehen, und das werden sie trotz des Vorgehens der zunächst interessirten welschen Cantone bleiben, da bei denselben die Bereitgkeit zur finanziellen Unterstützung eine sehr geringe ist. Militärische Bedenken, welche auch hier, und zwar an maßgebendster Stelle, eine große Rolle spielen dürften, beginnen sich in der Presse hören zu lassen und werden jedenfalls auch schwer ins Gewicht fallen, sowie leicht, nachdem nun einmal die Concession ertheilt und eventuell eine Bundesintervention in Aussicht gestellt ist, noch in Betracht fallen können. Es wird dies durch scrupulöse Prüfung der Ausführungspläne, wenn dieselben je über das Stadium der Broschüren hinaus gediehen sollten, nachträglich noch möglich werden. Die eidgenössischen Behörden werden sich in Fragen einer energischen Landesvertheidigung von der öffentlichen Meinung, die ja in der Schweiz die letzte und entscheidende Instanz bildet, sortan energisch unterstützt sehen, wie dies beim ersten größeren derartigen Unternehmen, der Befestigung der Gotthard-Pässe, sachen der Fall ist. In dieser Beziehung hat sich in der Schweiz ein bemerkenswerther Umschwung der öffentlichen Meinung vollzogen. Die Klagen z. B. der „Verfassungstreuen", welche es incorrect fanden, daß bei der Bewilligung der finanziellen Mittel zur Landesbefestigung der abgekürzte Weg des Budgets gewählt und das Recht des Volkes auf das Referendum umgangen worden sei, fanden im Volke, das sonst so eifersüchtig über seine Rechte wacht, keinen Widerhall, und doch waren jene Bedenken so gar unberechtigt nicht.

* Bei Berathung des Kriegsbudgets in der belgischen Kammer theilt der Kriegsminister mit, daß seine Abtheilung den Vorschlag Cockerill's angenommen habe, den Versuch zu machen, sechs Kanonen nach deutschem Muster zu verfertigen, um die Güte des einheimischen Stahls zu prüfen. Das gesammte Budget wurde mit 65 Stimmen der Rechten gegen 24 Stimmen der Linken, denen sich die Abgeordneten von Antwerpen anschlossen, bei 19 Stimmenthaltungen angenommen. Die Abgeordneten, welche sich der Abstimmung enthielten, glauben nach den Erklärungen Frère-Orban's, daß man mit einem derartig eingerichteten Ersatzheer beklagenswerthe Erfahrungen machen werde.

* Die auswärtigen Regierungen zeigen nur sehr geringe Bereitwilligkeit, an der für 1889 in Paris geplanten Weltausstellung sich zu betheiligen. Italien hat auf die schlechte wirthschaftliche Lage hingewiesen, um seine Nichtbetheiligung zu begründen. Oesterreich-Ungarn hat aus denselben Gründen ebenfalls abgelehnt. Es gehörte überhaupt auch die ganze französische Begeisterkeit dazu, Oesterreich-Ungarn zur Betheiligung an der Jubelfeier für ein Ereigniß einzuladen, dessen Opfer eine österreichische Erzherzogin geworden ist. Die Ablehnung Oesterreichs ist besonders verhängnißvoll, da man einsieht, daß nun auch Deutschland und Rußland ablehnen werden. Daß dann auch die übrigen monarchischen Staaten sich schwerlich betheiligen, liegt auf der Hand. Das Ministerium sucht daher nach einem Ausweg. Es will vorschlagen, die Weltausstellung auf 1890 zu verlegen, da die Zeit für die Vorbereitungen zu kurz sei, wenn dieselbe schon 1889 stattfindet. Der Grund ist jedenfalls stichhaltig. Wenn die Arbeiten zu einer Weltausstellung in zu kurzer Frist ausgeführt werden müssen, kosten sie das Doppelte, und Staat und Stadt haben einen um so höheren Zuschuß zu leisten.

* Aus Bukarest, 16. Februar, wird gemeldet: „Infolge der serbischen Beschwerde wegen Verschleppung der Friedensverhandlungen durch die Pforte wurde Madjid Pascha zu sofortiger Wiederaufnahme der Conferenzsitzungen ermächtigt. Er berief denn auch gestern eine Sitzung ein, in welcher eine Amnestie für alle Personen, welche sich im Kriege blokgestellt haben, beschlossen wurde; die Frage, ob den aus Bulgarien ausgewiesenen Serben sofort die Erlaubniß der Rückkehr gewährt werden solle, wurde vorläufig offen gelassen."

* Aus Konstantinopel geht der „Kölnischen Zeitung" die verbürgte Mittheilung zu, daß bei der Pforte bittere Beschwerden der mohamedanischen Bevölkerung in Kanea über den dortigen französischen Consul Couteaux eingelaufen seien, der seit einiger Zeit Alles aufbiete, die dortigen Griechen zum Aufstande gegen die Türkei aufzustacheln. In türkischen Kreisen glaubt man freilich, wie versichert wird, nicht an den Erfolg seiner Bemühungen, da man überzeugt ist, daß die Griechen auf Kreta diesmal nicht eher einen Aufstand versuchen werden, bis die Griechen auf dem Festlande überseits zuvor losgeschlagen haben werden. Die Kretenser haben aus ihren früheren Aufständen genugsam die Erfahrung gemacht, daß sie stets vom Festlande im Stich gelassen worden sind, wenn sie angefangen hatten.

* Der Simstorpedo, eine neue submarine Waffe, scheint sich in den Vereinigten Staaten noch eingehenden Versuchen mit derselben Eingang zu verschaffen. Die Regierung hat kürzlich fünf Stück davon angekauft und das Kriegsdepartement